



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIII/110 - 16. Mai 1958

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21891 - 33

Fernschreiber 0866890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

	Dortmunder Erinnerungen Zum CDU-Wahlkampfauftritt in NRW	46
2	Es geht um den Bestand der vierten Republik! Regierung Eflimlin unter schwerem Druck	46
3 - 4	Die gefährlichste Schiffsladung des zweiten Weltkrieges 4000 Gasgranaten liegen in der Ostsee - Skandal um eine unter- lassene Bergung	75
5 - 6	Sensation in Rheinland-Pfalz Wird die Landesverfassung erfüllt?	100
7	Lisa Albrecht Von Herta Gotthelf Mitglied des Parteivorstandes	42

* * * * *
* * * * *

An unsere Bezieher:

Die Samstag-Ausgabe entfällt infolge des Parteitages in Stuttgart.
Unsere nächste Ausgabe erscheint am Montag, den 19. Mai. Wir sind
in Stuttgart telefonisch zu erreichen unter den Nummern 92 745 und
92 746 (Liederhalle) und unter der Fernschreiber-Nummer: 7 22570.

Die Redaktion

Dortmunder Erinnerungen

F.B. - Wie es der "Zufall" will, weilt heute der Bundeskanzler in Dortmund beim Bundesverband der deutschen Industrie, am Sonntag wird er den Wahlkampf für Nordrhein-Westfalen gleichfalls in der Ruhrmetropole eröffnen.

Dortmund hat damit zum zweiten Male diesen "Vorzug", denn auch den Bundestagswahlkampf hat der Bundeskanzler am 30. Juni 1957 in der Westfalenhalle eröffnet. Vorausgegangen allerdings war die 208. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. Mai 1957, in der der Bundeskanzler wörtlich gesagt hat:

"Aber meine Damen und Herren, eines möchte ich gern sagen
- bitte, lassen Sie mich das in aller Aufrichtigkeit sagen -:
Wir wollen doch den Wahlkampf so honorig wie möglich führen."

Was der Bundeskanzler unter "honorig" versteht, hat man dann vor allem in den Nürnberger, Barberger und auch in der Dortmunder Rede zu hören bekommen. Wird es diesmal wieder so "honorig" zugehen? Vielleicht macht sich aber der Bundeskanzler die Mühe, seine damalige Dortmunder Rede noch einmal nachzulesen und vielleicht kann er dann einmal erklären, wieso seine gesamten Prophezeiungen nicht eingetroffen sind. Damals sagte er:

"daß ein Wahlsieg meiner Partei zur Abrüstung führen und die Atomwaffen ihren Schrecken verlieren werden."

Geschehen ist genau das Gegenteil. Aderauer führt die Atomwaffen bei der Bundeswehr ein und verursacht durch seine Politik, daß diese Massenvernichtungswaffen hier stationiert werden. In der Westfalenhalle hingen damals blau-weiße Transparente mit der Aufschrift: "Keine Experimente". Jetzt stürzt der Bundeskanzler das deutsche Volk in das gefährlichste Experiment seiner Geschichte.

Am 30. Juni 1957 sprach sich der Bundeskanzler für stabile Preise aus. Tatsache ist, daß seit dem Wahltag über 1000 Preiserhöhungen vorgenommen worden sind, darunter viele, die die Bundesregierung selbst beschlossen hat, wie die Erhöhung des Brotpreises, der Eisenbahntarife und wichtige Postgebühren.

Damals war in Dortmund auch Herr Arnold mit von der Partie, der auch diesmal reden wird. Er versprach den Ruhrbergarbeitern soziale Sicherheit. Gehören dazu die Feierschichten an der Ruhr?

In seiner Rede war von breiter Streuung des Eigentums viel zu hören. In der Zwischenzeit hat man die VW-Volksaktion in einem Ausschuß begraben, weil der Gesetzentwurf einfach nicht praktikabel ist.

Es wäre gut, wenn sich der Bundeskanzler bei seiner neuen Rede an all diese Dinge erinnern würde, anstatt eine neue Auflage seiner "Honorigkeit" zu liefern.

"Die Welt" vom 14. Mai 1958 hat angekündigt, daß der Bundeskanzler eine scharfe Attacke gegen die Oppositionsparteien reiten will, und daß er neben landespolitischen Themen hauptsächlich auf die großen Fragen der Politik eingehen will. Wenn dem so ist, dann sind gerade diese Dortmunder Erinnerungen am Platze.

Es geht um den Bestand der vierten Republik!

-E-, Paris

In Paris herrscht grösster Erregungszustand. Die Regierung und die Parteien tagen in Permanenz. Der Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, Guy Mollet, trat als stellvertretender Ministerpräsident in die Regierung ein, da sich das Land in grösster Gefahr befindet. Der Führer der Unabhängigen, Pinay, der von Ministerpräsident Pflimlin gleichfalls zur Mitarbeit aufgefordert wurde, lehnte ab, weil seine Partei auf der Rückkehr des früheren Algerienministers Lacoste bestand, aber weder der Ministerpräsident noch die Sozialisten Bereitschaft zur Erfüllung dieser Forderung zeigten, die zweifellos auch nicht zur Verminderung der Schwierigkeiten geführt hätte.

General de Gaulle veröffentlichte Donnerstag nachmittag eine Erklärung sybillinischen Charakters, indem er sich zur Übernahme der Machtbefugnisse der Republik bereiterklärte, ohne auch nur die geringste Andeutung darüber zu machen, in welcher Weise er diese Machtbefugnisse ausnutzen und welches Programm er durchführen würde. Gerade das Schweigen des Generals über seine Absichten und Ziele hat die in Paris bestehende Verwirrung auf den Höhepunkt gebracht, aber gleichzeitig die Einigkeit in allen linken politischen und gewerkschaftlichen Kreisen bewirkt, deren Ausmass sich noch nicht völlig übersehen lässt.

Die republikanisch-demokratischen Kreise haben ein Ziel: Die Verhütung eines Abenteuers. Sie unterstellen General de Gaulle keineswegs, dass er selbst das Abenteuer sucht, aber allein die Möglichkeit einer unkontrollierbaren Entwicklung schreckt die Parteien und Gewerkschaften. Dies umso mehr, als die aus Algerien eintreffenden Informationen erneut äusserst kritischen Charakter haben und sichtbar wurde, dass General Salan, der seine Vollmachten von der Regierung Pflimlin hat, die Erklärung abgab, er werde diese Vollmachten nur einer Regierung des öffentlichen Wohls zurückgeben, die von General de Gaulle geleitet wird. Die Annahme, durch Übertragung der militärischen und zivilen Vollmachten in Algerien an den höchsten Offizier werde den Heißspornen den Wind aus den Segeln nehmen und zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse führen, hat sich nicht bestätigt. Im Gegenteil, man versucht selbst in Paris die Regierung unter Druck zu setzen, um eine Entwicklung zu begünstigen, die bei einem Versagen der Republikaner zweifellos sehr schnell zum Ende der vierten Republik führen würde.

Die Gewerkschaften sind auf der Hut, sie sagten der Regierung ihre volle Unterstützung zu und werden sich jedweden Angriff gegen die Republik und auf die Volksrechte durch Proklamierung des Generalstreiks widersetzen. Unter keinen Umständen wollen sich die in Paris verantwortlichen Kreise dem Druck der Keuterer von Algier fügen. Die demokratischen Linksparteien einschliesslich der Christlich-Sozialen, die gerade jetzt in Saint-Malo ihren Parteitag abhielten, sind zur engen Zusammenarbeit entschlossen, um die Republik vor dem Ansturm ihrer Gegner zu schützen.

+ + +

Die gefährlichste Schiffsladung des zweiten Weltkrieges

mu. Draussen, wo die Flensburger Förder zwischen der Geltinger Bucht mit den vielen bei Kriegsende versenkten U-Booten und der landschaftlich so schönen dänischen Insel Als in die freie Ostsee ausmündet, liegt in 34 Meter Tiefe auf dem Ostseegrund ein ehemaliger Rheindampfer mit der gefährlichsten Fracht, die je ein Schiff geladen hatte. Vor gut zwei Jahren stieg der Leiter der Munitionsräumgruppe der Kieler Landesregierung, Kinder, selbst in den Taucheranzug, um zu prüfen, was für eine geheimnisumwitterte Fracht dort unten auf der Sandbank "Breiter Grund" liegt. Erst vor einigen Tagen hat er das Geheimnis des Rheindampfers, dessen Name nicht mehr feststellbar ist, gelüftet. Dieses Schiff, das hoch vom Meeresgrund aufragt, ist bis oben hin mit schätzungsweise 4 000 Gasgranaten vollgestapelt. Sie enthalten "Tabun-Granaten", die mit dem gefährlichen Nervenlähmungsgift, einem Gas- und Kontaktgift zugleich, gefüllt sind.

Dieses Gift setzt bei seiner Anwendung die Nervenenden, welche die Bewegung der Muskeln ermöglichen, ausser Tätigkeit. Menschen oder Tiere, die mit "Tabun" in Berührung kommen, werden völlig gelähmt. Die Wehrmacht Hitlers hatte die Entdeckung von deutschen Chemikern bei der Erforschung von Insekten-Vernichtungsgiften bereits 1936 an sich gezogen und es auf der gleichen chemischen Grundlage weiterentwickeln lassen wie das gefürchtete Pflanzenschutzmittel "E 605".

In den letzten Kriegsjahren war das Tabun-Gift dann serienmässig in die Fabrikation gegangen und in die sogenannte "Raubkammer" in Münsterlager geschafft und scharf bewacht worden. Dort wurde wohl die gefährlichste, aber auf alle Fälle die unheimlichste Waffe der Hitlerischen Kriegsführung beim Zusammenbruch durch britische Soldaten entdeckt. Die englische Besatzungsmacht befahl, die Granaten an Bord des Rheindampfers zu bringen. Das ist Ende April 1945 bereits geschehen, ohne dass man heute noch sagen kann, wo die Einlagerung stattfindet. Es scheint festzustehen, dass das Schiff dann am Ausgang der Flensburger Förder durch Öffnen der Bodenventile gleichfalls auf Befehl englischer Besatzungsoffiziere versenkt wurde.

Dort liegt heute, über dreizehn Jahre nach Kriegsende, gerade ausserhalb der Dreimeilenzone der Bundesrepublik und Dänemarks die

gefürchtete Ladung. Man weiss, dass die Zünder in der letzten Kriegszeit oft aus Aluminium hergestellt worden sind, und es ist ebenso bekannt, dass Salzwasser Aluminium am schnellsten zerfrisst. Die ganze Angelegenheit wird aber deshalb von den Feuerwerkern für ausserordentlich gefährlich angesehen, weil die "Tabun"-Granaten zu etwa einem Drittel aus einer Sprengladung bestehen, also ausserordentlich sprengwirksam sind.

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um vorauszusagen, dass bei der Korrosionszerstörung eines Zündermantels eine Granate mit sehr grosser Wucht krepieren und dadurch eine Kettenreaktion unter den rund 4000 Gasgranaten auslösen würde. Das würde aber nichts anderes bedeuten, als dass ein Grossteil der Ostsee zwischen Alsen und der Kieler Bucht lebensgefährlich vergiftet würde, was nicht nur das Ende allen Pflanzen- oder Algenwuchses und aller Lebewesen in der Ostsee, sondern auch die Gefährdung von Zehntausenden von Badegästen bis in die Flussmündungen und Förden hinein bedeuten würde.

Vor dem Hintergrund dieser wirklich ernsthaften Gefahr ist es nun mehr als niederschmetternd, was da in den Ministerien der Bundesregierung in Bonn seit Jahr und Tag vor sich geht. Die dänische Regierung ist auf diplomatischem Wege vorstellig geworden und hat die Bundesregierung, also das Auswärtige Amt, als Nachfolger des alten Reichsbesitzes auf die Verantwortlichkeit für das Gas-Munitionsschiff hingewiesen und um dessen Bergung nachgesucht. Durch das schleswig-holsteinische Innenministerium ist das Bundesfinanzministerium gebeten worden, die Kosten für die Räumung des durchaus noch nicht versenkten Wracks bereitzustellen. Das Bundesministerium ist ausgewichen. Dem Bundesverteidigungsministerium ist von dem Schiff gleichfalls aus Kiel Meldung gemacht worden. Dabei ist sogar in den Gesprächen darauf hingewiesen worden, dass sich möglicherweise die Sowjetunion der Granaten mit dem Nervenlähmungsgift annehmen könnte, da ja das Schiff im Niemandsland liegt.

Dem Innenministerium zu Bonn hat man eindringlich berichtet, welche Gefahren für Leib und Leben durch das Munitionsschiff drohen. Nachdem alle diese Vorstösse aus Kiel ergebnislos geblieben sind, hat das schleswig-holsteinische Innenministerium jetzt in einem abschliessenden Bericht die Erfolglosigkeit seiner Bemühungen dem Bundesinnenministerium gegenüber festgestellt und die Bundesregierung noch einmal auf ihre Verantwortlichkeit hingewiesen.

Da offenbar keine Behörde bereit ist, das Schiff bergen zu lassen, ist es an der Zeit, dass sich der Bundestag dieser ebenso gefährlichen wie für die Bundesregierung peinlichen Angelegenheit endlich annimmt.

+ + +

Sensation in Rheinland-Pfalz

-güp-, Mainz

Das war die politische Sensation im Landtag des CDU-Kurpfälz-landes Rheinland-Pfalz, als am Abend der grossen Atomdebatte vom 15. Mai bei schon nachlassendem Interesse auf Abgeordneten-, Zuhörer- und Pressebänken die SPD-Fraktion durch ihren Sprecher, Staatssekretär z.D. Otto Schmidt, die Bombe platzen liess. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel schlug die Ankündigung der sozialdemokratischen Fraktion ein, ein Volksbegehren auf Auflösung des Landtages zu beantragen. Die Verwirrung in den Reihen der Landesregierung und der CDU-Fraktion war umso grösser, als sie sich ihrer Sache schon ziemlich sicher wähnten, nachdem der Vorstand der SPD-Landtagsfraktion in seiner Sitzung vom 22. April 1958 lediglich beschlossen hatte, die Landesregierung zu einer Mitteilung an die Bundesregierung aufzufordern, dass sie bei der Beschaffung und Bereitstellung von Gelände für eine atomare Aufrüstung nicht mitwirken werde. In Anbetracht der politischen Machtverteilung - in dem 100-Mann-Landtag sitzen 51 CDU-, 36 SPD- und 13 FDP-Abgeordnete - hatte die SPD darauf verzichtet, einen Antrag auf Durchführung einer Volksbefragung zu stellen. Die CDU fühlte sich daraufhin recht sicher und glaubte, mit einer politischen Feld-, Wald- und Wiesendebatte im Landtag über die Atomrüstung und die Errichtung von Raketen- und Atombasen im Bereich des Landes Rheinland-Pfalz davonzukommen und aufgrund der eindeutigen Wahrheitsverhältnisse das Begehren der sozialdemokratischen Fraktion leicht abwürgen zu können.

In ihrer Selbstsicherheit hatten Landesregierung und CDU nicht an die Artikel 107-109 der Landesverfassung gedacht, die im Gegensatz zum Grundgesetz "plebiszitäre Elemente" des Volksbegehrens und des Volksentscheids enthalten. So heisst es im Art. 107 u.a.: "Die Gesetzgebung wird ausgeübt durch das Volk im Wege des Volksentscheids..." und im Art. 108: "Gesetzesvorlagen können im Wege des Volksbegehrens ...eingebracht werden." Und schliesslich der Art. 109, auf den sich der Antrag der SPD-Fraktion stützt: "Volksbegehren können darauf gerichtet werden...den Landtag aufzulösen. Sie sind...unverzüglich dem Landtag zu unterbreiten."

Mit der Ankündigung, ein Volksbegehren auf Auflösung des rheinland-pfälzischen Landtages zu beantragen, hat das in der Neugliederungsfrage umstrittenste Land an Rhein und Mosel seine zweite politische Sensation. Zum ersten Mal liess die Landeshauptstadt Mainz aufhorchen, als eine vom Mainzer Stadtrat am Abend des 28. April 1958 beschlossene Volksbefragung über die atomare Aufrüstung noch keine 24 Stunden später vom rhein Hessischen Regierungspräsidenten verboten worden war.

Der Antrag der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion von Mainz gliedert sich in zwei Teile: die Durchführung einer Volksbefragung unter den wahlberechtigten Mainzern über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr und der Auftrag des Stadtparlamentes an die Stadtverwaltung, für die Lagerung von Atomwaffen auf Gemeindegebiet kein Gelände zur Verfügung zu stellen und keine Versorgungsleistungen zu übernehmen. Die CDU wich der Gewissensentscheidung aus, indem sie erst gar nicht zur Sitzung erschien und stattdessen eine gewundene Erklärung über die Verfassungswidrigkeit einer Volksbefragung im Stil ihrer Bonner-Parteiargumentation wenige Minuten vor Sitzungsbeginn überreichen liess.

Kun war die Aktion der Mainzer SPD natürlich der Aufsichtsbehörde

im Regierungspräsidium und Innenministerium zeitig genug bekannt geworden, um in Ruhe zum Gegenschlag ausholen zu können. Die Verfassungsrechtler hatten schon vor dem Stadtratsbeschuß die Möglichkeit, die juristische Version des Verbots festzulegen. Und CDU-Innenminister van Volken konnte am Morgen nach der Atom-Sitzung des Mainzer Stadtrats ohne besondere Anstrengung den rheinhessischen Regierungspräsidenten auf die Erfüllung seiner Aufsichts-Pflicht aufmerksam machen. Die Absicht, dem sozialdemokratischen Regierungspräsidenten mit dem Beschuß über die Aufhebung des Stadtratsentscheids den "Schwarzen Peter" zuzuspielen war ebenso offenkundig, wie der Mainzer SPD vom ersten Augenblick an bewußt war, daß ihr Volksbefragungsbeschuß ein Verbot durch die Aufsichtsbehörde auslösen würde. Wenn nicht durch die Zwischeninstanz der Bezirksregierung, so durch das Innenministerium. Die Reaktion der Öffentlichkeit auf das Verbot war denn auch entsprechend. Die Angst der CDU vor der Meinung des Volkes war klar zutage getreten.

Anders verhielt es sich mit der parlamentarischen Aktion der SPD-Landtagsfraktion knapp eine Woche, nachdem Kirchenpräsident D. Martin Niemöller und Prof. Dr. Walter Hagemann auf einer vom Ausschuß "Kampf dem Atomtod" veranstalteten Kundgebung in und vor dem Mainzer Theater in unmittelbarer Nähe des fast tausendjährigen Mainzer Domes "im Namen der Menschlichkeit, des Rechtes und des lebendigen Gottes gegen den atomaren Wahnsinn" protestiert hatten. Der Beschuß, ein Volksbegehren auf Landtagsauflösung zu beantragen, war etwa zwei Wochen vor der Ankündigung im Parlament durch den Vorstand der SPD-Landtagsfraktion gefaßt worden. Aber außerhalb der Fraktion wußte niemand etwas. Landesregierung und CDU wiegten sich in Sicherheit und der Landespressekonferenz bemächtigte sich einer wachsenden Jähre, als sich auch am Spätnachmittag der Plenarsitzung anscheinend noch nichts tat. Jeder wartete darauf, was die SPD noch in Schilde führte. Und als den SPD-Sprecher zum Abschluß der Landtagssitzung nochmals das Wort zu einer Erklärung erteilt wurde, war mit seinen Worten "... werden wir gemäß Artikel 109 unserer Landesverfassung ein Volksbegehren - auf Auflösung des Landtags beantragen" eine politische Sensation ersten Ranges geschaffen.

Kein Regierungssprecher konnte mehr hierzu Stellung nehmen. Keine juristischen Spitzfindigkeiten konnten den sensationellen politischen Eindruck verwischen. Die Überraschung hatte aus den Mienen des Regierungschefs Peter Altmeier, der gern für sich das zweifelhafte Dekor, treuer Paladin seines Bonner Herrn und Meisters zu sein, das Lächeln der Überlegenheit vertrieben, das noch bei dem Wort "Volksbegehren" in seinen Zügen wohnte. Innerhalb von zwei Monaten, so rechnet man, wird das Volksbegehren im Landtag zur Behandlung anstehen. Und dann wird wahrscheinlich einer der härtesten Wahlkämpfe austreten, der jemals in Rheinland-Pfalz geführt worden ist. In jenem Rheinland-Pfalz, dessen Landtag während der letzten großen außenpolitischen Debatte des Bundestages seine Etatberatungen durchführte, was den Kommentator einer regierungsfreundlichen Zeitung nach einem Vergleich der politischen Form der Auseinandersetzungen zwischen Regierungskoalition und sozialdemokratischer Opposition in Bonn und Mainz zu dem freudigen Ausruf veranlaßte: "Klima? - Prima!".

Lisa Albrecht

Von Herta Gotthelf, Mitglied des Parteivorstandes

Im ersten Bundestag betrat mit elastischen Schritten eine Abgeordnete das Podium und hielt dort ihre erste Rede. Sie forderte in temperamentvollen Worten die Gleichberechtigung der Frau auch im Beamtentum. Sie tat dies mit so viel weiblichem Charme, Witz und gescheiter Begründung, dass das Haus nach ihren Schlussworten: "Dass Sie, meine Herren, alle so kluge und tüchtige Angeordnete geworden sind, verdanken Sie allein Ihren tüchtigen Müttern!" in einstimmigen Beifall ausbrach. Diese Frau, die mit ihren Worten das Ohr des Parlaments fand, hieß Lisa Albrecht. Sie weilt seit Donnerstag nicht mehr unter den Lebenden. Eine heimtückische Krankheit hat sie nach langen, schweren Leiden dahingerafft.

Lisa Albrecht verkörperte den Typ einer politisch tätigen, sich für das Allgemeinwohl verantwortlich fühlenden Frau, den wir am nötigsten brauchen. Sie gehörte zu jener Generation, die in den Jahren vor und während des ersten Weltkrieges von der sozialistischen Arbeiterjugend entscheidend geformt wurde. Jahrelang stand sie in vorderster Reihe der Arbeiterjugend. Später wuchs sie ganz selbstverständlich in die Parteiarbeit hinein und leitete vor 1933 viele Jahre das Frauenbüro des SPD-Bezirks Brandenburg. Nach dem Parteiveroot gehörte auch Lisa Albrecht zu jenen Sozialdemokraten, die von den Nationalsozialisten missandelt und ins Gefängnis geworden wurden. Nach ihrer Freilassung arbeitete sie trotz zeitweiliger Bedrohung weiter gegen das verhasste nationalsozialistische Regime. Mit besonderem Mut und schöner menschlicher Selbstverständlichkeit nahm sie sich ihrer vielen jüdischen Freunde an, denen sie bis zum letzten bitteren Augenblick der Verschickung nach einem der Vernichtungslager mit Rat und Tat zur Seite stand.

Nach 1945 stellte sich Lisa Albrecht sofort dem Wiederaufbau der SPD und der deutschen Demokratie zur Verfügung; zuerst in ihrer bayerischen Wahlheimat Mittenwald, und dann im Lande Bayern, dessen stellvertretende Landesvorsitzende sie bis zu ihrer Wahl als Bundestagsabgeordnete im Jahre 1949 war. Sie war Mitglied des zentralen Parteivorstandes der SPD und Mitglied des zentralen Ausschusses für Frauenfragen beim Vorstand der SPD.

Weit über die Reihen ihrer eigenen Partei hinaus verstand es Lisa Albrecht, Freunde zu gewinnen. Erich Ollenhauer sagte bei der Eröffnung der SPD-Parteivorstandssitzung in Stuttgart in einem Gedenkwort auf Lisa Albrecht: "Wir haben mit Lisa Albrecht nicht nur eine langjährige Kollegin, sondern einen guten Kameraden verloren."

* + *

Verantwortlich: Günter Markscheffel